

P6 Projekt 6: Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

Antragstext

- 1 Immobilienspekulationen bremsen: gestaffelte Grunderwerbsteuer einführen
- 2 Wohnen ist ein Grundbedürfnis und keine Ware. Unser Ziel ist es, die Spekulation mit
- 3 Wohnraum einzudämmen und die private Immobilienwirtschaft stärker an der Finanzierung einer
- 4 sozial gerechten Stadtentwicklung zu beteiligen. Eine Möglichkeit sehen wir in einer
- 5 Staffelung der Höhe der Grunderwerbsteuer, die beim Kauf von Wohnungen und Grundstücken
- 6 anfällt. Wir wollen diese Steuer gemäß dem Zweck des Erwerbs unterschiedlich ausgestalten.
- 7 Wenn es um den Einzelerwerb weniger Wohnungen oder Häuser geht, bleibt es bei der derzeit
- 8 gültigen Höhe von sechs Prozent des Kaufpreises. Auch für Gesellschaften mit öffentlichen
- 9 Zwecken, insbesondere für kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und andere
- 10 gemeinwohlorientierte Akteur*innen, bleibt es bei diesem Steuersatz. Bei primär
- 11 gewinnorientierten Käufen größerer Grundstücke, Immobilien und Wohnungsbestände etwa durch
- 12 Großinvestoren und Fondsgesellschaften dagegen wollen wir künftig einen abhängig vom
- 13 Immobilienwert gestaffelten Steuersatz über sechs Prozent erheben. Damit bremsen wir
- 14 Immobilienspekulationen und stärken die nicht-profitorientierte Wohnungswirtschaft, da Fonds
- 15 und Konzerne einen bedeutenden Teil ihres Gewinns aus dem Immobilienhandel erwirtschaften.
- 16 Besonders wichtig ist, der Praxis der sogenannten „Share Deals“ einen Riegel vorzuschieben.
- 17 Denn bislang können Großinvestoren mit solchen Deals Grunderwerbsteuer in Millionenhöhe
- 18 sparen, während Immobilienkäufe von Familien und Einzeleigentümer*innen immer
- 19 steuerpflichtig sind. Das muss aber auf Bundesebene geregelt werden.